



stuttgart info

der Gewerkschaft
Erziehung
und Wissenschaft
Kreis Stuttgart

September 2015

116

JULI

**Sinnspruch des Monats Juli:
Alle Jahre wieder
kommt die schöne Sommerzeit.
Die einen gehen baden,
die anderen in die Arbeitslosigkeit.**



Inhalt

	Seite		Seite
Weg mit der Absenkung der Eingangsbesoldung!	2	Wichtige Tipps und Hinweise	8
Schulentwicklungsplan der beruflichen Schulen	3	Ehrungen für langjährige GEW-Mitgliedschaft	9
Aus den Fachgruppen der GEW Stuttgart	4	Über die Kulturgemeinschaft der Gewerkschaft	10
Veranstaltungen der GEW	7	DGB-Projekt MENTO in Baden-Württemberg	11

Weg mit der Absenkung der Eingangsbesoldung!

Alle Jahre wieder...

Alle Jahre wieder endet im Juli die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Die ausgebildeten Lehrkräfte werden zunächst in die Arbeitslosigkeit entlassen. Jetzt, zu Beginn des neuen Schuljahres, folgen die Einstellungsverfahren. Die jungen Lehrkräfte erhalten u.a. Beamten- oder Angestelltenstellen.

Volle Stelle – volles Gehalt?

Weitgehend unbemerkt wurde unter der letzten CDU/FDP-Landesregierung die Absenkung der Eingangsbesoldung eingeführt. Lehrkräfte ab der Besoldungsgruppe A 12 mussten eine Kürzung von 4 Prozent hinnehmen.

Die Grün-Rote Landesregierung hat da noch einen draufgesetzt – seit dem 1. Januar 2013 werden Beamte ab der Besoldungsgruppe A 12 mit einer dreijährigen Gehaltskürzung von 8 Prozent eingestellt. Jetzt, zu Beginn des Schuljahres 2015/16, wird auch den Fachlehrkräften – ab Besoldungsgruppe A 9 – das Gehalt um 4 Prozent gekürzt.

Gerade die jungen Lehrkräfte sollen ja die bildungspolitischen Reformen voranbringen und sind außerdem in einem Alter, in dem sie eine Familie gründen wollen. Wir erwarten, dass Rot-Grün diese Ungerechtigkeit korrigiert.



Mit dieser Karikatur forderte die GEW die Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung für die jungen Lehrkräfte

Besoldung	Eingangsbesoldung	Absenkung	Betrag	Abgesenkte Eingangsbesoldung	Verlust in 3 Jahren	
A 9	2435,39€	4 %	97,41€	2337,98€	3506,96€	FachlehrerInnen
A 12	3394,04€	8 %	271,52€	3122,52€	9774,72€	Grund- und Werkrealschullehrkräfte
A 13	3980,18€	8 %	318,40€	3661,78€	11462,40€	Sonderschullehrkräfte Realschullehrkräfte Gymnasiallehrkräfte Berufsschullehrkräfte

Absenkung der Eingangsbesoldung

Auch wenn die grün-rote Landesregierung neue Wege gesucht hat und dafür auch von vielen Kolleginnen und Kollegen unterstützt wird, beim Geld hört die Freundschaft auf.

Die CDU/FDP-Landesregierung hatte in ihrer letzten Legislaturperiode eine Kürzung der Eingangsbesoldung um vier Prozent beschlossen, Fachlehrer waren nicht betroffen. Nach dem Regierungswechsel wurden die Fachlehrer ab A9/A10 mit einer vierprozentigen Kürzung der Eingangsbesoldung zur Kasse gebeten, für die Lehrämter ab A 12 wurde die Kürzung verdoppelt.

Wir können der grün-roten Landesregierung nur raten, diese Fehlentscheidung zu korrigieren.



Ein wesentlich kleinres Stück vom Kuchen bekommen die neueingestellten Lehrerinnen und Lehrer: Um acht Prozent (bei Fachlehrkräften um 4 Prozent) wird ihr Gehalt gekürzt

Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen

Die Grundzüge des Schulentwicklungsplans für die beruflichen Schulen stehen

Im März hat der Gemeinderat Prüfaufträge zum Schulentwicklungsplan der beruflichen Schulen 2017-2022 beschlossen. Dabei folgte er weitgehend der Beschlussvorlage der Schulbürgermeisterin, jedoch brachte ein Änderungsantrag eines breiten Bündnisses aus CDU, Grünen, SPD und der SÖS-Linken Plus noch neue Ideen ins Spiel.

Die Prüfaufträge

Bei den Kaufmännischen Schulen entschied sich der Stadtrat wie berichtet für die Modellvariante 11. Die Aufhebung der Kaufmännischen Schule Süd ist damit in die Wege geleitet, das Wirtschaftsgymnasium West soll nach einer Renovierung in die Ludwigstraße 111 in die ehemalige Hedwig-Dohm-Schule umziehen. Die verbleibenden fünf Schulen (Cotta-Schule, Kaufmännische Schule 1, Kaufmännische Schule Nord, Louis-Leitz-Schule und Wirtschaftsgymnasium West) werden zu „Kompetenzzentren“ umgebaut, womit Ausbildungsberufe und Schularten – und damit natürlich auch die Lehrerkollegien – an bestimmten Standorten konzentriert werden.

Für Überraschung sorgte im gemeinsamen Änderungsantrag der Stadtratsfraktionen die Idee, zu prüfen, ob von der Kaufmännischen Schule 1 die zahlreichen Klassen der Kaufleute im Gesundheitswesen und der Sport- und Fitnesskaufleute an die Johann-Friedrich-Cotta-Schule abgegeben werden können. Auch wird jetzt überlegt, ob das Gebäude der Kaufmännischen Schule Süd in der Zellerstraße auch für eine Behörde statt als Schule genutzt werden kann.

Im Handlungsfeld „Berufsübergreifende Schulen“, ein Begriff der eigens von der Planungsgesellschaft GUS geschaffen wurde, konnten sich die Argumente aus der Kerschensteinschule nicht durchsetzen. Die Modellvariante 7 wurde beschlossen, nach der das Berufskolleg Mode und Design, alle Ausbildungsgänge im Bereich des Textilbereiches ebenso wie die Lachlaboranten an die Gewerbeschule im Hoppenlau und die Schule für Farbe und Gestaltung abgegeben werden. Die Tage der Technischen Oberschule (TO) als eigenständige Schule scheinen gezählt zu sein, ihr Standort an der Hohenheimer Straße wird aufgegeben. Ob die TO mit der Kerschensteiner- oder jetzt möglicherweise mit der Hoppenlauschule zusammengeführt wird, ist noch nicht entschieden. Diese neue Idee brachte der Änderungsantrag, ebenso wie die Anregung, an der Hohenheimer Straße eine „Schule für Erwachsene“ einzurichten, die insbesondere von der SPD schon lange gefordert wird. Die CDU hingegen konnte ihren Vorschlag durchsetzen, statt einer teuren Renovierung der Gewerblichen Schule im Hoppenlau das „Sahnestück“ im Westen zu verkaufen und einen Neubau zu prüfen.

Bei den metalltechnischen Schulen entschlossen sich die Gemeinderäte für die Modellvariante 2, einer Fusion der Max-Eyth-Schule und der Robert-Meyer-Schule wird im Änderungsantrag aber eine Absage erteilt. Und es fiel den Stadträten auf, dass bereits jetzt an der Wilhelm-Maybach-Schule ein Interimbau seit Jahren in einer Bauverbotszone steht. Hier soll die Verwaltung die Raumsituation noch einmal überprüfen.

Der Stadtrat ist weiterhin der Ansicht, dass die Landwirtschaftliche Schule eine „Zukunft in Hohenheim haben soll“. Wie diese aber aussehen wird, war bei Redaktionsschluss noch nicht klar. Eine Lösung der organisatorischen Frage deutet sich an, hier kommen sich Stadt und Land, bzw. die unterschiedlichen Ministerien entgegen, wo die Schule eine Heimat findet, ist aber noch nicht beschlossen.

Kommentar

Auf die Kolleginnen und Kollegen an den beruflichen Schulen kommen schwere Zeiten zu. Mit dem Schulentwicklungsplan sind massive Veränderungen verbunden. Dabei darf nicht unterschätzt werden, dass diese Prozesse fast alle mit Neubauten und Umbauten verbunden sind, die Jahre in Anspruch nehmen werden. Jahre, die zur Hängepartie werden können, in denen es weiterhin Außenstellen und Unterricht an verschiedenen Standorten geben wird. Schmerzlich ist, dass zwei Schulen aufgehoben werden, ganz unabhängig davon, wie gut deren Arbeit ist. Welche der jetzt beschlossenen Prüfaufträge tatsächlich sinnvoll und realisierbar sind, ist eine spannende Frage. Hier muss ergebnisoffen geprüft werden. Die endgültigen Gemeinderatsentscheidungen kommen erst noch. Dabei müssen die Versprechungen der Stadt und des Regierungspräsidiums (RP) eingefordert werden, die Prozesse offen zu gestalten, alle „Prozessbeteiligten“ – und das sind auch die Kollegien der Schulen – zu beteiligen und sie bei den Veränderungen zu begleiten. Den Wünschen der betroffenen Lehrkräfte bei Versetzungen und Abordnungen muss entgegengekommen werden. Seit dem Gemeinderatsbeschluss vom März war nicht viel von der versprochenen Transparenz zu spüren. Vom Regierungspräsidium Stuttgart wird Personalpolitik betrieben. Es lohnt sich nachzuprüfen, welche Schulleiterstellen ausgeschrieben werden und welche nicht, um zu sehen, in welche Richtung die Gleise gelegt werden. Die grundsätzliche Absicht des Schulentwicklungsplans der Stadt, zukunftsfähige Schulen zu gewährleisten und den Ausbildungsstandort Stuttgart zu stärken, ist weiterhin richtig. Welche Auswirkungen die Schulentwicklungsprozesse an den beruflichen Schulen, die zurzeit das Regierungspräsidium in der ganzen Region startet, auf den Stuttgarter Plan haben werden, ist noch nicht absehbar.

Bei Neubauten, Umbauten und Renovierungsarbeiten gilt es immer zu beachten, dass die Inklusion auch an den Beruflichen Schulen umgesetzt werden soll. Barrierefreiheit, Aufzüge und behindertengerechte sanitäre Anlagen für Schüler/innen und Lehrkräfte sollten selbstverständlich sein. *Wolfram Speck*

Wolfram Speck

ist Berufsschullehrer an der Kaufmännischen Schule Stuttgart-Nord. Er ist Vorsitzender der GEW Stuttgart (zusammen mit Annemarie Raab).



Aus den Fachgruppen der GEW Stuttgart

Fachgruppe Grundschulen GEW Kreis Stuttgart

GEW lobt Kultusministerium

Bewegung an der Grundschule!

Mit dem im Folgenden abgedruckten Erlass hat Kultusminister Stoch für eine deutliche Verbesserung an der Grundschule gesorgt.

180 Deputate zur Förderung von Grundschulkindern - Poolstunden Grundschule

Liebe Schulleiterinnen und Schulleiter,
liebe Lehrerinnen und Lehrer,

für Kinder und Eltern hat die Grundschule eine ganz besondere Bedeutung. Dort machen Kinder ihre ersten Schulerfahrungen. Die vorausgehenden Lern- und Entwicklungsprozesse in der Kindertageseinrichtung, die Bildungsbegleitung und Förderung, die im Orientierungsplan verankert sind sowie die Kooperation Kindergarten-Grundschule sollen ihnen einen guten Start in die Schule ermöglichen.

In dieser Legislaturperiode haben wir den ersten Schritt zur verlässlichen Kooperationszeit zwischen Kindergärten und Grundschulen gemacht. Die Grundschulen haben seit dem Schuljahr 2012/2013 eine erste Grundausstattung mit 90 zusätzlichen Deputaten bekommen. Trotz verstärkter Maßnahmen im Bereich der Sprachbildung und Sprachförderung durch das erfolgreiche Programm SPATZ (Sprachförderung in Tageseinrichtungen für Kinder mit Zusatzbedarf), das zukünftig auch die Flüchtlingskinder einbezieht, ist mir sehr wohl bewusst, dass Schülerinnen und Schüler im Anfangsunterricht, aber auch durch die Grundschulzeit hindurch zusätzliche Förderung brauchen.

Die Grundschule als Schulart mit der heterogensten Schülerschaft wird aus diesem Grund ab dem Schuljahr 2015/2016 insgesamt 180 zusätzliche Deputate für die Förderung von Grundschulkindern bekommen. Dieses mir wichtige Anliegen wurde am 29. April 2015 von der Landesregierung beschlossen und im Nachtragshaushalt verankert. Die Schulverwaltung, die Vertreter der Regierungspräsidien und Staatlichen Schulämter, wurden zuvor bei einer Dienstbesprechung im April über die zusätzlichen Deputate und den Verteilermodus eingehend informiert und erhielten am 29. April 2015 die Details schriftlich mitgeteilt. Die Regierungspräsidien haben in der Zwischenzeit anteilig der Schülerzahl an Grundschulen und nach Größe und Anzahl der Grundschulen entsprechende Deputate zugewiesen bekommen. Die Schulämter entscheiden über die Höhe und Dauer der Zuweisung an die einzelne Schule. Über Ihr zuständiges Schulamt sind Sie über das Procedere sicherlich informiert.

Die landeseinheitlichen Kriterien berücksichtigen den Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, mit Sprachförderbedarf, aus bildungsfernen Familien, die Klassenfrequenzen sowie nachgewiesene Lese-Rechtsschwäche oder Rechenschwäche. Vorrang erhalten zwei- und mehrzügige Grundschulen einschließlich Ganztagsgrundschulen.

Ich bin überzeugt davon, dass mit diesen zusätzlichen Maßnahmen, über die wir im Herbst in einen ersten Erfahrungsaustausch treten wollen, Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf gezielt Unterstützung durch Lehrkräfte mit entsprechenden Voraussetzungen erhalten. Die Staatlichen Schulämter bieten Fortbildungen dazu an. Mit den gesicherten Poolstunden für die Förderung von Grundschulkindern, den zusätzlichen Vorbereitungsklassen und den erweiterten Möglichkeiten der Ganztagsgrundschulen ist ein Grundstock von verlässlichen Unterstützungsmaßnahmen für die Grundschulen des Landes geschaffen worden.

Die Grundschule als Ort grundlegender Bildung soll die grundlegenden Kompetenzen ermöglichen und jeder Schülerin und jedem Schüler bis zum Ende der Grundschulzeit die bestmögliche individuelle Förderung bieten. Dies zu erreichen ist unser gemeinsames Ziel. Für Ihre wichtige Arbeit danke ich Ihnen sehr.

Mit besten Grüßen
Andreas Stoch



Immer noch zu 100 Prozent dabei: Rolf Dzillak (und seine Frau Ursula) bei der „AufGEW8“-Aktion der GEW

Kreisfachgruppensitzung zur Weiterentwicklung der Realschulen

Für die Realschulen in Baden-Württemberg steht für das Schuljahr 2016/17 eine grundlegende Neuerung des Schulartkonzepts an. Dies nahm die Kreisfachgruppe Realschulen (RS) zum Anlass, am 23. März 2015 alle Realschullehrerinnen und Realschullehrer der GEW Stuttgart zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung in den großen Sitzungssaal in der Silberstraße einzuladen. Als Referent kam der Landesfachgruppenvorsitzende Markus Schütz, der mit dem Fachgruppenausschuss der GEW am Entwicklungsprozess beim Kultusministerium beteiligt war.

Nach einer Einleitung über Baustellen in der Bildungslandschaft Baden-Württembergs insgesamt, dem Blick auf die aktuellen Übergangsquoten für die weiterführenden Schularten, dem veränderten Schulwahlverhalten der Eltern und dem Paradigmenwechsel bei der regionalen Schulentwicklung erläuterte Schütz das von Kultusminister Stoch am 20. November 2014 angekündigte Konzept zur Weiterentwicklung der Realschulen in Baden-Württemberg.



Markus Schütz, GEW-Landesfachgruppenvorsitzender der Realschulen, referierte über die Weiterentwicklung der Realschulen in Baden-Württemberg

Die Realschule wird eine andere Schule werden

„Die Realschule wird eine andere Schule werden“, so Schütz. Die verbindliche Grundschulempfehlung komme nicht mehr, auch nicht bei einem eventuellen Regierungswechsel 2016 und die Realschule habe die größte Heterogenität unter den allgemeinbildenden Schulen. Aus Sicht der GEW sei ein Hauptschulzug an der Realschule keine sinnvolle Option, eine „Abschulung“ auf Hauptschulen sei nicht mehr möglich und leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler, die nicht schon das G8-Gymnasium besuchen, gingen zunehmend zu G9-Zügen, Gemeinschaftsschulen oder sechsjährigen beruflichen Gymnasien. Wie also will die Landesregierung darauf reagieren? Schütz umriss die neue Realschule, die mit dem Schuljahr 2016/17 in den Klassenstufen fünf und sechs starten soll.

Die Realschule biete nach dem neuen Konzept sowohl den Hauptschul- als auch den Realschulabschluss an. Dabei soll eine Stärkung der individualisierten Lernformen stattfinden, wozu im Endausbau 500 zusätzliche Stellen für die Umsetzung zur Verfügung gestellt werden sollen. Bereits für das Schuljahr 2015/16 sind den RS pro Jahrgangszug sechs zusätzliche Wochenstunden bereitgestellt worden. Beispiel: Eine Schule mit drei Klassen pro Jahrgang erhält 18 Lehrerwochenstunden für das kommende Schuljahr für die Förderung individualisierter Lernformen. (Vergleiche Organisationserlass 20015/16 in Jahrbuchservice Update 3 2015, www.spv-s.de, Jahrbuch-Update-Service.html.)

„Es geht um zieldifferentes, differenziertes Lernen und die Unterstützung individualisierter Lernformen in überwiegend heterogenen Gruppen“. Schütz erläutert die neue Realschule. In der 5. und 6. Klasse wird es eine Orientierungsstufe geben ohne Versetzungsentscheidung in Klasse 5. Am Ende dieser Orientierungsphase wird die Klassenkonferenz jeden Lernen-

den in eines der beiden Bewertungsniveaus für die 7. Klasse einteilen, das Grundniveau, das in der 9. Klasse zum Hauptschulabschluss führt oder das mittlere Niveau, das in der 10. Klasse zum Realschulabschluss führt. Dies geschieht dann jährlich. Die Klassen werden als heterogene Lerngruppen mit inneren Differenzierungen beschult. In den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch ist es den einzelnen Schulen möglich, die Hälfte des Unterrichts mit äußerer Differenzierung zu unterrichten. Entscheidend ist, dass bei der Notenbildung in allen Fächern auf dem für die Schülerin oder den Schüler festgelegten Niveau bewertet wird.

Die Teilnehmer der Veranstaltung stellten zunächst Fragen, die dann zu einer regen Diskussion führten. Dann wurde es wirklich spannend!

Schütz berichtet vom Entstehungsprozess. „Leider wurden nicht alle von der GEW eingebrachten Vorschläge umgesetzt.“ Ein wesentlicher Kritikpunkt in der Diskussion war, dass es nicht möglich sein wird, Schülerinnen und Schüler in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch auf unterschiedlichen Niveaus zu bewerten. „Das sei rechtlich nicht möglich, da die Realschule in Baden-Württemberg dann nicht mehr den von der Kultusministerkonferenz festgelegten Kriterien für diese Schulart entsprechen würde“, berichtet Schütz aus dem Kultusministerium (KM).

Weiter wurde kritisiert, dass eine Förderung auf dem höheren Niveau nicht mehr vorgesehen sei. Hier konnte etwas Grundlegendes geklärt werden: Jeder Schüler kann auf ganz individuellen Niveaus unterrichtet und gefördert werden, wie bisher auch. Nur bei der Bewertung gibt es die Neuerung. Statt ausschließlich auf dem mittleren, dem bisherigen Realschulniveau zu bewerten, wird mit der Möglichkeit der Bewertung auf Grundniveau, dem bisherigen Hauptschulniveau eine individuelle, abgestufte Bewertung möglich gemacht. Eine Bewertung auf dem höheren, gymnasialen Niveau gab es bisher auch nicht!

Ganz konkret wurde es beim Durchspielen von Umsetzungsmöglichkeiten. Wie organisiert man den Unterricht, die innere und eventuell äußere Differenzierung in nach Lernniveau geteilten Gruppen? Was kommt methodisch und didaktisch auf die Lehrenden zu? Was bedeutet das für die Stundenpläne, die Raumorganisation, die Lehrerdeputate? Mit welchen Materialien wird gearbeitet, von welchem Geld wird Notwendiges angeschafft? Was bedeutet das für die einzelnen Schülerinnen und Schüler, was für die Lerngruppen? Wer wird das erarbeiten und vor allem wann? Dabei wurde allen bewusst, dass die Kollegien dringend Informationen brauchen, um dann für ihre Schule die Diskussion führen zu können, Entscheidungen zu treffen und diese umzusetzen zu können.

Die GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz und die Referentin für allgemein bildende Schulen Dr. Ute Kratzmeier haben eine Qualifizierung für Fachgruppenleitungen RS durchgeführt. Diese Personen können von Kollegien bei der GEW angefragt werden, um die Informationen zu multiplizieren.

Corinne Blaumeiser für die Fachgruppe Realschulen Stuttgart

Corinne Blaumeiser

ist Realschullehrerin an der Neckarrealschule. Zudem ist sie stellvertretende Vertrauensperson der schwerbehinderten Lehrkräfte beim Staatlichen Schulamt Stuttgart



Noch 9 Werkrealschulen haben eine 5. Klasse

Am 30. Juni 2015 fand eine Sitzung der Fachgruppe Werkrealschule statt, zu der alle Lehrkräfte, die an einer Werkrealschule unterrichten, eingeladen waren. Herr Forstner (und Frau Dümmler-Boden) vom Schulverwaltungsamt stand(en) Rede und Antwort zur aktuellen Situation der auslaufenden Werkrealschulen.

Im Vergleich zu 2004 gibt es etwa 50 Prozent weniger Hauptschüler/-innen. Das sind momentan 3600. Daher beschloss der Gemeinderat 2013, dass 16 Hauptschul-Standorte auslaufen sollen. Zum Schuljahr 2014/15 hatten noch 14 Werkrealschulen eine 5. Klasse, zum Schuljahr 2015/16 sind es noch neun, wobei eine Schule eine Kombiklasse hat und zwei Schulen in den nächsten Jahren eventuell Gemeinschaftsschule werden. Bleiben noch sechs. Im Norden Stuttgarts gibt es mehr Werkrealschulen als in den südlichen Stadtvierteln. Für den Filderbereich (zwischen Vaihingen und Sillenbuch) existiert nur noch die Pestalozzischule.

Wo die immer mehr werdenden Vorbereitungsklassen (VK) hinkommen, wenn es immer weniger Werkrealschulen gibt, ist unklar. Sie sollen aber dezentral angedockt bleiben. Die VK haben sich innerhalb eines Jahres verdoppelt.



Was passiert mit den Ausstattungen der aufgelösten Werkrealschulen?

Diskutiert wurde unter anderem, was mit dem Mobiliar und den Materialien (wie Sammlungen und Büchern) geschehen soll. Diesbezüglich ist Herr Weckler vom Schulverwaltungsamt wohl mit den Schulen im Gespräch. Ein weiterer Diskussionspunkt waren die Räumlichkeiten (wie Technik-, HTW- und Computerräume), die bei auslaufenden Schulen zwar weniger frequentiert, aber dennoch ja benötigt werden. Laut Herrn Forstner werden die Räume auch für die Grundschulen angepasst.

Was sich auf die Werkrealschul-Standorte wohl negativ auswirken wird, ist die Möglichkeit an den Realschulen den Hauptschulabschluss zu machen. Wie sich die Gemeinschaftsschulen auf den Verbleib der Werkrealschulen auswirken werden, ist unklar. Prognosen, was mit den verbleibenden Werkrealschulen passieren wird, können momentan nicht gestellt werden. Unsicher bleibt auch, welche der sechs Werkrealschulen langfristig stabil bleiben wird. Möglicherweise wird sich die Stadt auf drei Schulen festlegen, die in den nächsten Jahren bestehen bleiben sollen.

Die Fachgruppe bat Herrn Forstner, anzuregen, dass das Schulverwaltungsamt ein Schreiben an alle Werkrealschulen herausgibt. Damit alle Lehrkräfte den gleichen Informationsstand haben.

Daniela Weber

Welche Themen bewegen uns im Schulalltag?

Die Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe/Sonderschulen der GEW Stuttgart hat im Juli dieses Jahres alle sonderpädagogischen Mitglieder und Interessierte im Kreis zu einem Austausch „Welche Themen bewegen uns im Schulalltag?“ eingeladen.

Das Hauptthema war die anstehende Schulgesetzänderung zur Inklusion und die Erfahrungen in der Modellregion Stuttgart in den letzten Jahren. Inklusion hat aufgrund der permanent steigenden Anträge auf ein inklusives Bildungsangebot und mit entsprechend stets steigenden Anforderungen und unzureichenden Rahmenbedingungen zu kämpfen. Die Belastungen sowohl für die sonderpädagogischen Lehrkräfte als auch die Lehrkräfte der Regelschulen haben ein Maß des Vertretbaren vielerorts überschritten. Fehlende sonderpädagogische Ressourcen für Teamteaching, fehlende Differenzierungsmöglichkeiten, fehlende Räumlichkeiten, eine fehlende Lehrerreserve im Krankheitsfall, eine große Schülerzahl in den Regelklassen als auch in den Klassen der Sonderschulen bei einer sich verändernden Schülerschaft sind nur einige Punkte, wo den Lehrkräften der Schuh erheblich drückt.

Gut war sich darüber auszutauschen, was jedoch für die anwesenden Kolleginnen und Kollegen nichts Neues war. Klar war auch, dass sich nichts ändert, wenn man nicht auf politischer Ebene dafür sensibilisiert und Forderungen stellt. Die nächste Landtagswahl ist im März 2016.

Die Fachgruppe hat beschlossen Stuttgarter Landtagskandidaten zu einer Veranstaltung im Kreis im Januar einzuladen. Hierbei ergibt sich die Möglichkeit den Kandidaten die gegenwärtigen Bedingungen der inklusiven Beschulung zu erläutern und darüber zu diskutieren.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Wahl des neuen Kreisvorstands. Es haben sich die bisherigen Kreisvorstände Anna Weil-Baltruschat und Erwin Berger erneut für ein Kreisvorstandsteam ausgesprochen. Erfreulicherweise hat sich Doris Fries, Sonderschullehrerin an der Gustav-Werner-Schule, bereit erklärt zu kandidieren. Dieses Kreisvorstandstrio wird somit in den nächsten Jahren die Arbeit im Kreis initiativ übernehmen und sich für die Belange der sonderpädagogischen Lehrkräfte einsetzen.



Das neu gewählte Kreisvorstandsteam Anna Weil-Baltruschat, Erwin Berger und Doris Fries

Veranstaltungen der GEW

Veranstaltung „Schwangerschaft und Elternzeit“ am 18. Juni 2015

Müssen Schwangere Mehrarbeitsunterricht (MAU) machen?
Wann beginnt und endet der Mutterschutz?
Was ist ein Beschäftigungsverbot?
Wem muss die Geburt des Kindes gemeldet werden?
Wie kann die Elternzeit auf zwei Personen aufgeteilt werden?
Wo kann das Elterngeld beantragt werden?
Wie werden Elternzeit und Teilzeit beantragt?
Kann während der Elternzeit gearbeitet werden?
Was macht man, wenn das Kind krank ist?
Diesen und vielen anderen Fragen gingen 28 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung „Schwangerschaft und Elternzeit“ am 18. Juni auf den Grund.

Wer ein Kind bekommt sollte die Schwangerschaft sobald wie möglich bei der Schulleitung anzeigen, damit die mutterschutzrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden können sowie eine Reihe von Formularen ausfüllen:

- Elternzeit (innerhalb einer Woche nach der Geburt) und eventuell Teilzeit wird beantragt über www.lehrer-online-bw.de oder www.lobw.de bzw. für alle, die nicht Lehrkräfte sind, beim jeweiligen Arbeitgeber.
- Beim Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) gibt es Formulare unter www.lbv.bwl.de/vordrucke/. Hier sollte man unter Anlass „Geburt“ sowie „Elternzeit“ eingeben und unter Personenkreis „Beamter/Beamtin“ bzw. „Angestellte(r)“.
- Elterngeld sollte beantragt werden (innerhalb von drei Monaten) unter www.L-bank.de. Dann dem Link „Elterngeld“ und schließlich „Elterngeldantrag“ folgen.

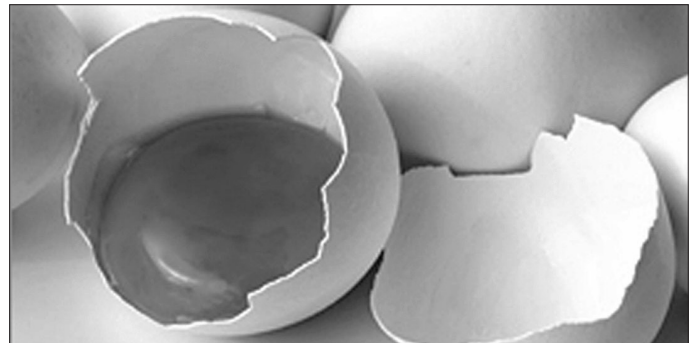
Weitere Informationen sind auch im GEW-Jahrbuch unter „Elterngeld/Elternzeit“ und „Mutterschutz“ zu finden.

Wer bereits Kinder hat ist oft vor große Herausforderungen gestellt. Beispielsweise bei Krankheit der Kinder. Da ist es gut, über seine Rechte genau Bescheid zu wissen. Im GEW-Jahrbuch 2015 findet sich unter dem Thema „Urlaub“ auf der Seite 843 eine gute Übersicht über Urlaub bei Erkrankung und Pflege von Angehörigen.

Daniela Weber

Daniela Weber

ist Lehrerin an der Österfeldschule. Sie ist Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der GEW Land und Vorsitzende im Team der Fachgruppe Hauptschulen. Sie ist Mitglied im erweiterten Vorstand im Bezirkspersonalrat GHWRGS und im ÖPR beim Staatlichen Schulamt Stuttgart



Das Gelbe vom Ei

Am 24. April 2015 fand die Auftaktveranstaltung zur Veranstaltungsreihe „Das Gelbe vom Ei“ statt, mit der der Vorstandsbereich Frauenpolitik in Zusammenarbeit mit der Landespersonengruppe Frauen in die Kreise kommt, um über Gleichstellungspolitik zu diskutieren.

Frauen haben die gleichen Rechte, aber noch lange nicht die gleichen Chancen. Das ist nicht gerecht. Sie sind in der großen Mehrzahl für die Erziehungsarbeit, Pflege von Angehörigen und das häusliche Umfeld verantwortlich und können daher weniger präsent sein in der Erwerbsarbeit. Das führt auch im Lehrberuf durch Teilzeit und wenig Qualifizierungsmöglichkeiten für Funktionsstellen zu einer geringeren Bezahlung. Hinzu kommt, dass der Lehrberuf strukturell diskriminierend ist. Dort, wo die meisten Frauen arbeiten, nämlich in der Grundschule, ist die Bezahlung am niedrigsten. Schulleitungen in der Grundschule beginnen an kleinen Grundschulen mit A12 plus Amtszulage. Grundsätzlich gilt: Je höher die Besoldung, desto weniger Frauen. Bei den A14-Stellen sind Frauen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert.

Welche Möglichkeiten hat die GEW, hier Einfluss zu nehmen? Darüber haben die Frauen aus dem Kreis mit Elke Gärtner aus dem Vorstandsbereich Frauenpolitik diskutiert.

Grundlage einer Gleichstellungspolitik muss die eigenständige Existenzsicherung von Frauen sein. Dazu gehört unter anderem eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einem flächendeckenden Ausbau qualitativ hochwertiger Betreuung für Kinder und Pflegebedürftige, ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit und der Ausbau von Qualifizierungsmöglichkeiten wie „Frauen fit für Führung“.

Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern ein Verfassungsauftrag. Im Grundgesetz heißt es: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ und „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Daniela Weber

Wer, wenn nicht wir...

GEW

Wichtige Hinweise und Tipps

ArbeitnehmerInnen aufgepasst!

Die neue Entgeltordnung Lehrkräfte ist zum 1. August 2015 in Kraft getreten und löst im Landesbereich die Eingruppierung der Lehrkräfte nach den Richtlinien des Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg über die Eingruppierung der im Arbeitnehmerverhältnis beschäftigten Lehrkräfte des Landes vom 27. Januar 2012 ab.

Gibt es jetzt mehr Geld? Diese Frage ist nicht eindeutig und klar zu beantworten. Im August sind alle Lehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis vom Landesamt für Besoldung und Versorgung angeschrieben und über die Neuregelung informiert worden. Lehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis müssen jetzt jedoch sorgfältig abwägen, was sie als nächstes tun.

Sofern es überhaupt eine Option für eine Höhergruppierung oder die sogenannte Angleichungszulage gibt, muss dies beantragt werden. Keine Eile, es ist viel Zeit! Der Höhergruppierungsantrag muss bis spätestens 31.7.2016, der Antrag auf Angleichungszulage bis 31.7.2017 gestellt werden und wirkt jeweils rückwirkend. Welche langfristige finanzielle Auswirkung dies hat, ob es einen finanziellen Vorteil oder Nachteil für die Beschäftigten hat, darüber gibt der Arbeitgeber keine Auskunft.

GEW-Mitglieder sind gut beraten sich darüber bei der GEW zu informieren. Am besten per E-Mail an bezirk.nw@gew-bw.de. Für die individuelle Beratung benötigt die GEW:

- den Arbeitsvertrag
- eine aktuelle Gehaltsmitteilung
- möglichst die Auskunft die man vom LBV bekommt, ob und wenn ja welche Option überhaupt besteht.

Das Ergebnis des diesjährigen Streikes ist nicht zufriedenstellend. Eine Entgeltordnung für die Lehrkräfte, die nicht nur für einige, sondern für alle Lehrkräfte eine Verbesserung und für niemanden ein Verschlechterung bedeutet, ist immer noch das Ziel der GEW. Dafür wird sich die GEW auch weiterhin einsetzen. Das Land wäre gut beraten, bei dem jetzt langsam sich abzeichnenden Lehrkräftemangel hier ein klares Signal zu setzen.

Annemarie Raab



1. Mai 2015: Selbst bei widrigem Wetter und wenn es Bindfäden regnet sind wir da!

GEW-Unterrichtsmaterial zum Handelsabkommen TTIP

Das „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (kurz: TTIP) steht für einen Vertrag, der den Handel zwischen der Europäischen Union und den USA fördern soll. Was von dem geplanten Abkommen zu halten ist, darüber herrscht Streit.

Das Unterrichtsmaterial beleuchtet Pro und Contra-Argumente für und gegen das Abkommen. Das Unterrichtsmaterial eignet sich für die Sekundarstufe II und zur eigenen Lektüre. Zum Downloaden: www.gew.de/unterrichtsmaterialien - Politische & ökonomische Bildung.

Am 10. Oktober 2015 findet eine Demo gegen das Freihandelsabkommen TTIP in Berlin statt. Der DGB organisiert Busse von Baden-Württemberg nach Berlin. Die Anreise in den Bussen ist für Gewerkschaftsmitglieder kostenlos.

Abfahrt ab Stuttgart, Karlsplatz um 3:30 Uhr. Rückkehr am 10. Oktober, Uhrzeit wird noch bekanntgegeben. Bitte meldet Euch im DGB-Büro Stuttgart verbindlich an: Telefon: 0711 2028-235 oder E-Mail: silvia.buchtel@dgb.de

Die Busfahrt ist kostenfrei. Bitte sorgt eigenverantwortlich für Eure Verpflegung.

40 Jahre GEW-Mitgliedschaft – Rolf Dzillak



Im kleinen Kreis wurde Rolf Dzillak für seine 40 Jahre Mitgliedschaft in der GEW von Annemarie Raab geehrt. Die GEW Kreis Stuttgart und Rolf gehören zusammen. Über viele Jahre war Rolf Kreisvorsitzender und Personalratsvorsitzender des ÖPR beim Staatlichen Schulamt Stuttgart. Er gehört heute noch zu den Machern der Kreisinfos. Sein klarer Verstand, seine Kreativität, sein politisches Denken ist weiterhin gefragt. Selbst im Ruhestand bringt er sich ein und denkt an die jungen Lehrkräfte. Für diese lange Zeit der Mitgliedschaft dankt die GEW und freut sich auf weiterhin gute Zusammenarbeit! Seine Krankheit setzt ihm hin und wieder enge Grenzen. Die von ihm jedoch sehr konsequent und mit viel Disziplin ausgelotet werden. So hat er es sich nicht nehmen lassen, trotz hochsommerlicher Temperaturen bei der Aktion AufGEWacht! dabei zu sein. An den Jungen darf nicht gespart werden!

Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft in der GEW

25 Jahre Mitgliedschaft in der GEW

Die diesjährige Jubilarehrung fand am 16. Juli 2015 statt. Als Programmpunkt wurde eine Führung im Lapidarium der Stadt Stuttgart sowie ein anschließendes gemütliches Beisammensein im Biergarten „Tschechen und Söhne“ auf der Karlshöhe angeboten.

Trotz sehr heißem Sommerwetter fanden sich alle, die sich für dieses Event angemeldet hatten, im Lapidarium an der Mörikestraße ein. In einem wunderschönen Ambiente, das zudem auch durch den herrlichen Baumbestand viel natürlichen Schatten bot, genoss die Gruppe die kurzweilige Führung durch das Lapidarium. Neben der interessanten Gründungsgeschichte dieses Gartens gab es viele Informationen rund um die ausgestellten Objekte, Statuen und wertvollen steinernen Dokumente aus baden-württembergischer Vergangenheit. Als Besonderheit durften alle noch einen Blick auf die Villa Gemmingen werfen, die ansonsten nicht frei zugänglich ist.

Im Anschluss an die Führung hieß es dann weiter geht's in den Biergarten auf der Karlshöhe. Bei einem herrlichen Panoramablick sowie Essen und Trinken genossen alle den regen Austausch und das gemütliche Zusammensitzen.

Anne Weil-Baltruschat



Ein Plätzchen wie geschaffen zum gemütlichen Beisammensein

240 Jahre GEW-Frauen

Vier aktive GEW Frauen feierten in den letzten Monaten einen runden Geburtstag. Die GEW Kreis Stuttgart gratuliert und wünscht alles Gute, weiterhin eine gute Gesundheit und ein aktives Mittun.

Daniela Weber kam ins Schwabenalter. 40 Jahre jung und begleitet zahlreiche Ämter. Daniela ist Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der GEW Land und vertritt den Vorstandsbereich Frauen. Von Haus aus ist sie Grund- und Werkrealschullehrerin, Schwerpunkt Werkrealschule und damit liegt es nahe, dass sie in der Fachgruppe Hauptschule im Team Vorsitzende ist. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist ihr

ein stetiges Anliegen, sowie die gleiche Bezahlung der Lehrkräfte aller Schularten. Sie ist Mitglied im erweiterten Vorstand im Bezirkspersonalrat GHWRGS beim Regierungspräsidium Stuttgart und im ÖPR beim Staatlichen Schulamt Stuttgart. Zum Geburtstag viel Glück!

60 Jahre jung wurde Monika Schelling, Beauftragte für Chancengleichheit beim Staatlichen Schulamt. Sie setzt sich seit vielen Jahren für die Chancengleichheit an den GHWRGS-Schulen ein. Monika ist Realschullehrerin an der Jahn-Realsschule. Mit viel Fachkenntnis und Empathie für die Lehrkräfte nimmt sie ihre Aufgabe wahr. Sie schöpft die Kraft dafür aus der Familie. Für die nächsten Lebensjahre wünscht die GEW Kreis Stuttgart alles Gute!

Waltraud Kiefer und Jakobe Flachsenberg, beide sind nicht mehr aktiv im Dienst, beide engagieren sich jedoch weiterhin für die GEW Kreis Stuttgart.

Waltraud Kiefer, war lange Jahre die Vorsitzende der Personengruppe Mitglieder im Ruhestand. Als ehemalige Schulleiterin der Grund- und Werkrealschule Heusteigschule wusste sie mit ihrem Team, wie sie pensionierte Lehrkräfte und ehemals Beschäftigte mit einem guten Mix aus Ausflügen mit einem Bildungsanspruch, Vorträgen und Aktivitäten zum Mitmachen motivieren konnte. Sie hat zur gegebenen Zeit ihre Aufgaben in vertrauensvolle Hände weitergegeben. Zu ihrem 75. Geburtstag wünscht der Kreis alles Gute!

Jakobe Flachsenberg wurde 65 Jahre. Auch dazu gratuliert der Kreis. Jakobe vertritt die Personengruppe Mitglieder im Ruhestand (MiR) und ist somit Mitglied im Kreisvorstand. Sie organisiert mit ihrem Team nicht nur die Aktivitäten für die Gruppe MiR, sondern auch die Jubilarehrungen für 40 Jahre, 50 Jahre, 60 Jahre und 65 Jahre Mitgliedschaft. Wir wünschen weiterhin alles Gute!



Die diesjährige Jubilarehrung für 40 und 50 Jahre Mitgliedschaft führte uns diesmal in das Archiv der Stadt Stuttgart. Nach der Bildung gab es Kaffee und Kuchen für das leibliche Wohl. Unsere Jubilare genossen den schönen Nachmittag. Jakobe Flachsenberg, Sigrid Schulz und Ursula Povel hatten den Nachmittag wieder sehr gut geplant und gestaltet. Sigrid Schulz wurde für 40 Jahre Mitgliedschaft geehrt.

Über die Kulturgemeinschaft der Gewerkschaft

Kultur – warum gerade ich?

Diese Frage könnte sich Jürgen Stahl immer wieder aufs Neue stellen. Wobei er in der Zwischenzeit Profi in Bezug auf Kultur geworden ist. Vor vielen Jahren hat er als Vertreter aus dem GEW Kreis Stuttgart das Mandat im Trägerverein der Kulturgemeinschaft Stuttgart e. V. wahrgenommen. In den letzten Jahren hat sich die Kulturgemeinschaft verändert und damit auch Jürgens vielfältige Aufgaben.

Jürgen Stahl ist gelernter Gymnasiallehrer. Er hat die Fächer Geographie und Mathematik studiert. Seit vielen Jahren ist er Mitglied im Hauptpersonalrat Gymnasium beim Kultusministerium und Vorsitzender des Örtlichen Personalrates am Gymnasium Königin-Olga-Stift. Für die GEW ist er ehrenamtlich Vorsitzender der Landesfachgruppe Gymnasien und im Team Bundesfachgruppenvorsitzender. Bleibt da noch Zeit für die Kultur?

Jürgen gibt auf diese Frage ganz ehrlich Auskunft. Es bleibt viel zu wenig Zeit um die vielfältigen kulturellen Angebote der Kulturgemeinschaft – Theateraufführungen, Oper, Ballett, Konzerte, Museumsbesuche, Tagesausflüge, Kunstführungen, Lesungen, Kunstreisen usw. – zu genießen. Er bringt sich jedoch mit viel Engagement in sein neues Ehrenamt als einer von drei Vorstandsmitgliedern der Kulturgemeinschaft ein. Bernhard Löffler, DGB Regionalvorsitzender als Vorsitzender, Hans-Jörg Schmierer, IG-Metall und Jürgen Stahl, GEW – ein starkes Team für die Kulturgemeinschaft.

Die Umstrukturierung der Kulturgemeinschaft wurde notwendig, da in Zeiten knapper Kassen das Ehrenamt gestärkt werden musste. Neben den 3 ehrenamtlichen Geschäftsführern gibt es einen Trägerverein mit derzeit 16 Mitgliedern. Unter ihnen sind vier Mitglieder aus den DGB-Gewerkschaften, Mitglieder von politischen Parteien, die im Gemeinderat vertreten sind und Personen des öffentlichen Lebens.

Während die Mitglieder und Abonnenten zwar die eine oder andere moderate Preissteigerung in Kauf nehmen mussten, seitdem die Kulturgemeinschaft insbesondere die Tickets des Staatstheaters teurer einkaufen muss, merkt man als Kunde kaum etwas von den großen Anstrengungen, die im Hintergrund laufen. Im Gegenteil: das Veranstaltungsangebot ist in der vergangenen Spielzeit noch größer geworden, der persönliche Service ist nach wie vor zuverlässig für die Mitglieder da und das Literaturabo ist sogar preiswerter geworden. Hinter den Kulissen arbeiten Vorstand, Trägerverein und das Team der Kulturgemeinschaft daran, auch unter schwieriger gewordenen Bedingungen ein hochattraktives Programm zu stricken. Wer das jüngst erschienene Jahresprogramm in die Hand nimmt, hat eher die Qual der Wahl: 300 Kunsttermine, 180 Konzerte, hunderte von Theatervorstellungen – wen das überfordert, der greift am besten zu einem maßgeschneiderten Abo.

Das Angebot erstreckt sich über verschiedene Abos, gemischt oder sortiert, ermäßigte Tickets ab 17.00 Uhr, eigene Kulturveranstaltungen der Kulturgemeinschaft, Kooperationen mit dem Konzertveranstalter SKS Russ und mit Eric Gauthier bestehen, eine Ballettreihe in Ludwigsburg, und eine neue Zusammenarbeit mit Binder Reisen, die ein zusätzliches großes Angebot an Kunstreisen eröffnet. Ein großer bunter Gemischt-

warenladen für die Kunst und Kulturszene mit ihren zahlreichen Facetten wurde für uns ausgesucht, damit wir bequem und einfach dieses riesige Angebot in Stuttgart und Umgebung wahrnehmen können. Ein Blick auf die Internetseite lohnt sich! Die Kulturgemeinschaft engagiert sich ebenfalls bei „Kultur für alle“. Hier gibt es kostenlose Tickets für Menschen, denen eine BonusCard zusteht. Die Kulturszene hat für jeden etwas zu bieten. Warum nicht Mitglied in der Kulturgemeinschaft werden?

Unsere jungen Lehrkräfte, die neu nach Stuttgart kommen um ihren Dienst anzutreten, wären als Mitglied der Kulturgemeinschaft schon bald bestens eingebunden in die Kulturszene.

Was geht mich als GEW-Mitglied nun die Kulturgemeinschaft an? Das ist sicher der Bildungsanspruch, den sich die GEW auf die Fahnen schreibt. Unter Bildung wird hier eine Vielfalt von unterschiedlichen Veranstaltungen verstanden, die gemeinsam erlebt werden können. *Annemarie Raab/Jürgen Stahl*



Bei der Begrüßung der neuen Lehramtsanwärter/innen für die Sonderschule war wie immer auch die Gewerkschaft (hier in Person von Erwin Berger) mit einem Informationsstand vertreten, um den jungen Kolleginnen und Kollegen den Start in die 2. Ausbildungsphase mit einer Informationsmappe und dem GEW-Jahrbuch zu erleichtern.

Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Kreis Stuttgart, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart
Verantwortlich: Annemarie Raab

Mit Namen oder Namenszeichen gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasser dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Kreis Stuttgart

Druck: GO Druck Media GmbH & Co. KG, Einsteinstraße 12-14,
73230 Kirchheim unter Teck

Mentor/innen für die Grundbildung in der Arbeitswelt

Das DGB-Projekt MENTO in Baden-Württemberg

In Deutschland können in der deutsch sprechenden, erwachsenen Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren mindestens 7,5 Millionen Menschen* nicht gut genug lesen und schreiben, um die gesellschaftlichen Mindestanforderungen zu erfüllen. Über die Hälfte der „Betroffenen“ – etwa 57 Prozent – sind erwerbstätige Kolleginnen und Kollegen. Für das Land Baden-Württemberg gibt es keine repräsentativen Zahlen, da die leo. – Level-One Studie der Universität Hamburg – keine Daten nach Bundesländern erhoben hat. In Baden-Württemberg geht das Kultusministerium von mindestens 1 Million Menschen aus, die nicht sicher im Lesen und Schreiben sind.

Mit dem Beitritt des Deutschen Gewerkschaftsbundes 2012 zum Bündnis der nationalen Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener der Bundesregierung entwickelte das DGB-Bildungswerk Bund im Auftrag des DGB Bundesvorstandes das DGB-Projekt MENTO. Der DGB Bezirk Baden-Württemberg ist seit Juli 2014 aktiv beteiligt.

* Quelle: leo. - Level-One Studie, Universität Hamburg

Der Kern des Projektes ist die Ausbildung von Kolleginnen und Kollegen, die sich innerbetrieblich als Mentorinnen und Mentoren für das Thema Grundbildung in der Arbeitswelt engagieren möchten. Sie sind vertrauensvolle Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner auf Augenhöhe. Im betrieblichen Kontext sensibilisieren sie für das Thema Grundbildung in der Arbeitswelt und setzen sich für Kolleginnen und Kollegen ein, die sich weiter bilden möchten.

Wer sich nach der Mentor/innenqualifizierung intensiver mit dem Thema auseinandersetzen will, kann dies im Rahmen von Fachqualifizierungen und Lernberater/innenausbildungen tun. In regelmäßig stattfindenden Reflexionsworkshop, können sich die ausgebildeten Mentor/innen über ihre Arbeit austauschen. Dauerhafte und fest verankerte Strukturen sind Grundlage um Weiterbildungsmöglichkeiten zu entdecken und zu nutzen.

Das Projekt MENTO möchte den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben den Rücken stärken und damit gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft sorgen.

Seit Projektstart im Jahr 2013 wurden bis Juni 2015 bundesweit 229 Mentorinnen und Mentoren ausgebildet. Ab Oktober 2015 ist das Projekt in allen neun DGB-Bezirken aktiv.

Daniel Dzillak, Fachgruppe Erwachsenenbildung



Sie kommt!

Doro Moritz

Mitgliederversammlung der GEW Kreis Stuttgart

Mittwoch, 11. November 2015, 19 Uhr
Hospitalhof



Er kommt!

Kultusminister Andreas Stoch

**Personalversammlung
für Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real-,
Gemeinschafts- und Sonderschulen
Dienstag, 26. Januar 2016, 13.00 Uhr,
Hospitalhof**



Unsere jährliche Vertrauensleuteschulung im März auf der Insel Reichenau war gut besucht, gab es doch zahlreiche bildungspolitische Themen, über die wir uns informierten und die wir rege diskutierten. Die Veränderungen in der Schulkonferenz, die neue Konzeption der Realschule, Friedenserziehung und der neue Bildungsplan waren Tagesordnungspunkte. Monika Gessat informierte uns über die Vorbereitungsklassen und die Situation der Flüchtlinge. Die Ereignisse haben sich diesen Sommer überschlagen. Für uns an den Schulen bedeutet dies zu erreichen, dass die Kinder und Jugendlichen in der Schule ein Stück Normalität erleben und möglichst schnell die deutsche Sprache erlernen. Unsere nächste Vertrauensleuteschulung ist für den 9.-11. März 2016 geplant.